

Avanti O.

Beilage:
Antisemitismus:
Was kommt nach Halle?

ISO Oberhausen & FreundInnen

Foto: www.flickr.com/photos/marcwathieu/8268298166, M. Wathieu, CC BY-NC 2.0.
SDS Plakat 1968.



Plakat in Tübingen, 29. September 2019.

Kapitalismus schadet – nicht nur dem Klima

E. B.

Die etablierte Politik (mit Ausnahme der blau-braunen AfD) tut so, als ob sie den Klimawandel bekämpfen wolle. Aber sie stellt nicht das System der Profitmaximierung infrage. Dies ist aber die entscheidende Ursache für die drohende Klimakatastrophe. Sie kommt uns teuer zu stehen.

Allein eine hartnäckige Massenbewegung für ökologische und soziale Gerechtigkeit kann die erforderliche radikale Wende durchsetzen. Dabei ist ein demokratisch koordiniertes und geplantes Vorgehen in allen entscheidenden Bereichen unabdingbar.

Das betrifft zu allererst den Umbau der Energieerzeugung und Energienutzung. Er erfordert die bestmögliche Verringerung des Energieverbrauchs und die kontinuierlich gesteigerte Energieeffizienz in allen Sektoren. Deshalb müssen die großen Energiekonzerne vergesellschaftet werden. Der endgültige Verzicht auf alle Spielarten von Atomenergie (Kernfusion!) und der konsequente Ersatz fossiler Brennstoffe durch saubere und erneuerbare Energieträger ist ein Muss.

Zweitens ist im Verkehrswesen eine wirkliche Umkehr erforderlich. Weg vom Individual- und vom Flugverkehr, hin zum systematischen Ausbau des schienengebundenen öffentlichen

Personen- und Güterverkehrs sowie des Fuß- und Fahrradverkehrs in den Städten.

Drittens ist die Produktion von sozial und ökologisch nützlichen Gütern vorrangig. Das bedeutet Schluss mit der Vergeudung von Rohstoffen für nicht haltbare, überflüssige und gefährliche Erzeugnisse und deren Verpackung.

Viertens ist ein Umbau der Forst- und Landwirtschaft unabdingbar. Die Agroindustrie ist durch den Ausbau eines ökologischen, genossenschaftlich organisierten Systems zu überwinden.

Fünftens kann durch den Kampf gegen die Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur eine neue Perspektive entstehen. Nämlich die einer direkt-demokratischen, ökologischen und solidarischen Gesellschaft, deren Grundlage eine bedürfnisorientierte Wirtschaft ist. Der gesellschaftliche Reichtum kommt dann allen und nicht nur einer winzigen Klasse von Reichen und Superreichen zugute. ■

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		
01 Klimawandel Wie bekämpfen?	<i>Liebe Leser*innen,</i> soziale und politische Bewegungen haben der Redaktion der <i>Avanti O.</i> viel Arbeit und Stress gebracht. So ist uns für die letzten drei Hefte schier die Luft ausgegangen.	09 Scherz, Satire, Ironie ... und unser Leben in einem Tollhaus
EDITORIAL/INHALT/PFLEGENOTSTAND	Jetzt endlich zum Jahresende kommt wieder eine zwar gewohnt dünne, aber dennoch prallvolle <i>Avanti O.</i> . Ihr findet darin unter anderem:	09 Konferenz Ökosozialismus Save the Date! 9. – 10. Mai 2020 Köln
02 Oberhausen Gründung Pflegebündnis	Die Theoriebeilage, diesmal von Helmut Dahmer aus Wien. „Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Erinnerungsstörungen“, so der Titel.	FEMINISMUS
03 Kapitalismus und Gesundheit AMEOS übernimmt KKO	Kapitalismus schadet ... (S. 1). Dadurch wird auch unser Gesundheitssystem zum Krankheits-system (S. 2 bis 5).	10 Bericht Feminist Futures Festival in Essen
04 Vernetzung Pflegebündnistreffen in Berlin	Zum System gehören auch das Zerschlagen von Gewerkschaften und das Mobbing von Betriebsräten (S. 6 und 7).	INTERNATIONALES
05 Pflege nach Zahlen Höhe der Profite unantastbar?	Auf die Posse um den Radweg in der Teutoburger Straße folgt, thematisch passend, unser Leben im Tollhaus (S. 8 und 9).	11 Frankreich Ein Jahr Gelbwesten-Proteste
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	Immer noch bringen die Gelbwesten Herrn Macron zum Schwitzen, aber leider nur dazu (S. 11).	Termine
06 BR-Mobbing 1 6. Konferenz in Mannheim	Wir wünschen allen viel Ruhe und Gelassenheit und ein schöneres neues Jahr!	12 Konferenz „Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel“
07 BR-Mobbing 2 Rechtsbruch stoppen!		12 Termine
KLIMAWANDEL/OBERHAUSEN		THEORIEBEILAGE
08 Mobilität Posse um einen Radweg	<i>Eure Redaktion</i>	Antisemitismus Was kommt nach Halle?

Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung

Am 17. September 2019 hat sich das Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung im DGB-Haus in Oberhausen gegründet. Wir drucken hier den Inhalt eines Handzettels vom Bündnis mit der Kurzfassung des bei seiner Gründung verabschiedeten Selbstverständnisses ab.

Wir sind Bürger*innen aus Oberhausen, die sich für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung einsetzen: sei es als Patient*innen, als pflegende Angehörige oder als Beschäftigte.

→ Für eine sichere und umfassende Versorgung

Eine zeitnahe, bedarfsgerechte und kompetente Versorgung für alle sicher zu stellen, erachten wir als eine öffentliche Aufgabe. Gesundheitseinrichtungen dürfen nicht länger gezwungen werden, Profite zu erzielen. Der bedürftige Mensch muss im Mittelpunkt stehen.

→ Für demokratische Mitbestimmung

Wir wollen mitentscheiden, welche Einrichtungen in unserer Stadt Kranke und Alte versorgen und ob Aktionäre oder Kirchenvorstände in ihnen das Sagen haben.

→ Für mehr Personal in Gesundheitseinrichtungen – mit guten Arbeitsbedingungen

Stress und Überforderung machen diejenigen, die sich um Kranke kümmern, selbst krank. Über Jahrzehnte wurde auf ihre Kosten gespart. So fehlt es überall an Personal: In der Pflege, aber auch in allen anderen Funktionsbereichen wie in der Küche, in der Reinigung, in der Therapie ...

→ Selbst aktiv werden

Wir sind solidarisch mit den Kolleg*innen, die kämpfen für ihre Gesundheit und für die der ihnen Anvertrauten. Wir können selbst etwas tun!

Mach mit!

Das Bündnis trifft sich im DGB-Haus Oberhausen (Saal im Erdgeschoss), Friedrich-Karl-Str. 24. ■

Die nächsten Termine

Dienstag, 07.01.20 um 18:30 Uhr

Dienstag, 21.01.20 um 18:30 Uhr

Dienstag, 04.02.20 um 18:30 Uhr

Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Kontakt und weitere Informationen:
kontakt@gesundheitsbuenndnis-ob.de

Kapitalismus schadet der Gesundheit

Zur Übernahme des Katholischen Klinikums Oberhausen (KKO) durch AMEOS

PETRA STANIUS

Die große Mehrheit der Mitglieder des Oberhausener Stadtrats sieht es als gute Nachricht, dass der Krankenhauskonzern AMEOS das insolvente KKO kauft. Beschäftigte des KKO und (potentielle) Patient*innen sollten sich besser auf harte Auseinandersetzungen einstellen.

Zwar versicherten die Politiker*innen, dass man den Klinikbetreiber kritisch beobachten würde, der nun Oberhausens größten Gesundheitsanbieter übernimmt. Aber zu skeptisch sollten wir Oberhausener*innen nicht sein – schließlich hätte ja alles viel schlimmer kommen können. Denn schlimmer geht immer. Simone-Tatjana Stehr, Fraktionsvorsitzende der CDU, wünschte gar, auch an die Gewerkschaft ver.di gerichtet, dass kritische Stimmen zu dem „Investor“ verstummen sollten.

Ist es tatsächlich eine gute Nachricht, über die wir uns einfach freuen sollten, weil „2.000 Arbeitsplätze und das umfassende Klinikangebot für Oberhausen erhalten bleiben“, wie Frau Stehr meint?

Wer ist AMEOS?

Dazu stellt sich die Frage: Wer ist eigentlich dieser neue Eigentümer? AMEOS gehört seit 2012 mehrheitlich der US-amerikanischen Carlyle Group, einem Private Equity-Investor; also einer „Heuschrecke“. Der Gründer Axel Paeger hält ebenfalls einen Anteil.

AMEOS wird in der Presse, wie auch in diesem Artikel, als Konzern bezeichnet: Weil die Unternehmensgruppe – mit einer Aktiengesellschaft als Holding, 13.300 Beschäftigten und einer Bilanzsumme von rund 900 Mio. Euro – entsprechend aufgestellt ist.

Allerdings erfüllt die Struktur der Gruppe, zumindest nach AMEOS, die formalen Kriterien für einen Konzern nicht. So gibt es weder einen Konzernbetriebsrat noch einen Aufsichtsrat. Schon damit unterläuft der Klinikbetreiber diverse Mitbestimmungs- und Schutzvorschriften für seine Beschäftigten. Dass der Unternehmenssitz sich in der Schweiz, also außerhalb der EU, befindet, ist vermutlich dem Unternehmens- und Steuerrecht geschuldet. In der Schweiz betreibt der Konzern nur ein Klinikum.

Drei Standorte liegen in Österreich. Alle anderen Einrichtungen befinden sich in Deutschland, an derzeit 43 Standorten. Insgesamt gehören 85 Einrichtungen zum Konzern, darunter viele im psychiatrischen Bereich. Oberhausen ist hier noch nicht einbezogen, NRW für AMEOS ein weißer Fleck auf der Landkarte.

„Verhältnisse, wie wir sie nicht haben wollen“

Die zweite Frage ist: Was sind das für Verhältnisse, „wie wir sie nicht haben wollen, erst recht nicht in Oberhausen“, von denen SPD-Fraktionschefin Sonja Bongers im Zusammenhang mit AMEOS spricht?

Es geht hier um die harten Auseinandersetzungen, die ver.di seit Jahren – und aktuell wieder in Sachsen-Anhalt – mit diesem Gesundheitskonzern führt:

AMEOS verweigert hartnäckig Tarifverhandlungen. Beschäftigte werden dazu angehalten, Aufhebungsverträge zu unterschreiben und in Servicegesellschaften zu wechseln. Diese konzernerneigten Leiharbeitsfirmen gibt es erklärtermaßen nur, um Personalkosten zu sparen. Krankenpfleger*innen verdienen bei AMEOS im Schnitt 500 Euro weniger als im regionalen Vergleich in Sachsen-Anhalt. Nach monatelanger Gesprächsverweigerung seitens des Klinikbetreibers treten die Kolleg*innen dort seit November zunächst tageweise in den Streik.

Mittels Unternehmensaufspaltungen und Einzelvereinbarungen, Versprechungen und Angstmache – und nicht zuletzt mittels Bekämpfung von ver.di und nicht genehmer Betriebsräte – versucht der Konzern, die Solidarität unter den Beschäftigten zu untergraben und die Unterstützung durch die Gewerkschaft zu verhindern.

Es gibt keinen Anlass für die Hoffnung, dass der Konzern in Oberhausen anders vorgehen wird als an allen seinen anderen Standorten.

Was sagt Frau Bongers angesichts dessen? „Wir appellieren an die AMEOS-Gruppe, sich ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten zu stellen.“ AMEOS wird sicher beeindruckt sein ...

Warum Profit mit Gesundheit?

Die letzte Frage, die sich stellt, ist eigentlich die erste:

Warum gibt es überhaupt solche Klinikbetreiber wie AMEOS, deren vorrangiges Ziel nicht ist, eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen, sondern, Gewinne zu erwirtschaften? Betreiber, die von unseren Krankenkassenbeiträgen Ausschüttungen an ihre Anteilseigner zahlen – und dafür auf Kosten von Beschäftigten und Patient*innen „sparen“?

Kapitalismus schadet – nicht nur dem Klima, sondern auch der Gesundheit! Siehe dazu insbesondere Seite 5 dieser Ausgabe. ■



St. Josef-Hospital, (noch) eines der Krankenhäuser des KKO.

Foto: R. Hoffmann.

Wenn Gesundheit zur Ware wird ...

... dann läuft etwas schief im Gesundheitssystem. Dass die Behandlung von Patient*innen sich rechnen muss, unabhängig von deren Bedarf und auf Kosten der Beschäftigten, war Anlass für zwei Veranstaltungen, die vom 29. November bis zum 1. Dezember im Gebäude der ver.di Bundesverwaltung in Berlin stattfanden.

PETRA STANIUS

Wie weiter im Kampf für mehr Personal und bedarfsgerechte Versorgung?“, so lautete der Titel der ersten Veranstaltung, dem Krankenhaus-Bewegungsratschlag, organisiert vom Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“.

In Arbeitsgruppen und Plena machten die Teilnehmenden eine Bestandsaufnahme, wie weit sie ihren Zielen, die Ökonomisierung der Krankenhäuser wieder rückgängig zu machen und eine gesetzliche Personalbemessung durchzusetzen, näher gekommen sind. Wie kann eine alternative Krankenhausplanung und -finanzierung aussehen, und welche Aufgaben ergeben sich daraus? Wie kann Organizing dabei helfen, die Bewegung weiter zu stärken?

Personal gestärkt kraft Gesetz?

Auf Druck massiver Streiks in Krankenhäusern in den letzten Jahren und der sie begleitenden Solidaritätsbewegung wurden auf Bundesebene mit dem so genannten Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) diverse gesetzliche Änderungen beschlossen. Deren Auswirkungen beleuchteten die Teilnehmenden des Bewegungsratschlages kritisch.

So haben die unter Bundesgesundheitsminister Spahn eingeführten Personaluntergrenzen nichts zu tun mit der Forderung nach bedarfsgerechter Personalbemessung. Die Regelung schreibt im Kern den mangelhaften Ist-Zustand als Soll-Zustand fest und kann in Häusern mit besserer Personalausstattung sogar zu Personalabbau führen.

Anders verhält es sich zum Beispiel mit der Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen. Diese Regelung beinhaltet, dass die „Pflege am Bett“ ab 2020 nach dem Selbstkostendeckungsprinzip finanziert wird. Was bedeutet, dass die Krankenkassen die hierfür nachgewiesenen Kosten vollständig übernehmen müssen. Eine echte Verbesserung also, die den Kostendruck auf die Pflege, und damit auch auf die Löhne der Pflegekräfte, nimmt.

Allerdings: Nur die Personalkosten der Pflegekräfte auf bettenführenden Stationen werden auf diese Weise refinanziert. Also nicht die Pflegepersonalkosten generell – und auch nicht die Personalkosten der vielen anderen Berufsgruppen, die es braucht, um ein Krankenhaus zu betreiben: Therapeut*innen, Reinigungskräfte, Techniker*innen, Labor- und Röntgenassistent*innen, Erzieher*innen, Angestellte der Verwaltung... Sie alle bleiben außen vor.

Dies erhöht die Gefahr der Spaltung von Klinik-Belegschaften. Und macht es zu einer wichtigen Aufgabe für die Bewegung, solidarisch zu sein mit allen beteiligten Berufsgruppen. Und den Kampf zu unterstützen, dass die für die Pflege erkämpften Verbesserungen auf die anderen Bereiche übertragen werden.

Aktionen und Vernetzung

Das direkt an den Bewegungsratschlag anschließende Vernetzungstreffen der Bündnisse für mehr Personal im Gesundheitswesen konnte an diese Debatten anknüpfen und darauf aufbauen.

Vertreter*innen von rund 15 Bündnissen sowie Einzelpersonen aus weiteren Städten waren bei dem Treffen anwesend. Die Arbeit vor Ort und die gemeinsamen Aktivitäten wurden zur Diskussion gestellt und ausgewertet:

Der „Olympische Brief“ wanderte im Frühjahr 2019 durch Kliniken in ganz Deutschland. Etliche tausend Kolleg*innen unterschrieben die darin aufgestellten Forderungen gegen den Pflegenotstand. Die Unterschriften übergaben die Bündnisse mit einer medienwirksamen Aktion bei der diesjährigen Gesundheitsminister*innenkonferenz in Leipzig an Jens Spahn. Der „Olympische Brief“ hat so die Beteiligten über betriebliche und örtliche Grenzen hinweg miteinander verbunden und das Gemeinsame nach außen sichtbar gemacht.

Dagegen war es ein schwerer Schlag, dass das Hamburgische Verfassungsgericht den Volksentscheid über eine gesetzliche Personalbemessung in Hamburg für unzulässig erklärte.

Diese rechtliche Bewertung war keineswegs zwingend. Jedoch lehnten bald darauf auch der Bayerische und der Berliner Verfassungsgerichtshof mit einer ähnlichen, teilweise wortgleichen Begründung die Volksentscheide in ihren Ländern ab. Damit ist diese schwungvolle Initiative, die auf große Zustimmung in der Bevölkerung stieß, gestorben.

In Workshops, die ebenfalls an der Praxis orientiert waren, diskutierten die Teilnehmenden über künftige bundesweite, örtliche und betriebliche Aktivitäten. Viele Ideen wurden dort gesammelt und anschließend dem Plenum vorgestellt. Die Teilnehmenden verabredeten erste gemeinsame Schritte für das kommende Jahr.

Trotz der Erfolge der Bewegung bleibt noch viel zu tun. Und es geht weiter in 2020 – vielleicht mit einer Volksinitiative in NRW. ■



Protestaktion bei der Gesundheitsminister*innenkonferenz in Leipzig, 4. Juni 2019.

Unsere Gesundheit ist mehr wert als ihre Profite!

C. H.

Seit Jahrzehnten treiben die Herrschenden im Gesundheitswesen die Diktatur der Zahlen voran. Sie ist gegen die Interessen der Beschäftigten und der Kranken gerichtet.

Folgen dieser Strategie sind:

- Die Privatisierung von Krankenhäusern, die sich dann an Gewinnzielen orientieren statt sich um ausreichendes Personal und bessere Pflege zu kümmern.
- Unnötige Operationen, die nur aus Profitgründen durchgeführt werden.
- Mangelnde Hygiene und schlechte Behandlungsqualität, weil Personal fehlt oder in Billigfirmen ohne Tarifbindung ausgelagert worden ist.

Die Misere im Gesundheitswesen betrifft alle dort Beschäftigten und nicht zuletzt die kranken Menschen. In der Pflege ist die Dauerbelastung durch den massiven Personalabbau in den letzten Jahren unerträglich geworden. Die Beschäftigten werden krank oder kündigen. Die Gesundheit der Kranken und Pflegebedürftigen wird gefährdet, und deren Angehörige sind oft überfordert. Für die wichtige Arbeit vieler Berufsgruppen werden durch Ausgründungen Löhne gezahlt, die kaum zum Überleben reichen und unweigerlich in die Altersarmut führen.

Nein zur Profitorientierung im Gesundheitswesen!

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Daher muss das Ziel eine bedarfsorientierte Versorgung der Bevölkerung sein. Das Wohl der Kranken muss im Mittelpunkt stehen und nicht, welche Fallpauschale für die Abrechnung am günstigsten ist. Deswegen unterstützen wir die Bündnisse gegen den Pflegenotstand.

Die Auseinandersetzung beginnt im Krankenhaus. Aber es geht noch um mehr. Die gesellschaftlichen Aufwertungen von Pflege- und Sorgearbeit sind ebenso erforderlich wie gute Arbeitsbedingungen und gute Entgelte. Wir brauchen also ein ganzheitliches Gesundheits-, Pflege- und Sozialsystem für alle als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Gesundheit darf keine Ware sein!

Deshalb fordern wir:

- Eine gesetzliche Personalbemessung,
 - die sich nicht an Untergrenzen, sondern an den tatsächlichen Bedürfnissen der Kranken bemisst,
 - die für alle Stationen und Bereiche in der Früh-, Spät- und Nachtschicht gültig ist,
 - die ausschließlich durch ausgebildetes Fachpersonal garantiert wird,
 - und die stationsbezogen, transparent und verbindlich umgesetzt wird.
- Tarifbindung und angemessene Löhne für alle Berufsgruppen im Krankenhaus.
- Mehr Qualität in der Ausbildung
 - durch verbindliche Praxisanleitung und unbefristete Übernahmen,
 - Qualifizierungsangebote und Anerkennung von Berufserfahrung.
- Bedarfsorientierte Krankenhausplanung und nachhaltige Investitionsförderung durch die Länder.

- Gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen.
- Abschaffung der Fallpauschalen (DRG/PEPP) – Wettbewerbs- und Profitlogik haben in Krankenhäusern und im Gesundheitswesen nichts zu suchen!
- Rekommunalisierung privatisierter Häuser und ausgegliederter Bereiche – auch durch Enteignung (Art 14 und 15 GG).
- Anerkennung von Gesundheitsversorgung als gesellschaftliche Grundaufgabe, die unter demokratischer Kontrolle von Belegschaften und Bevölkerung zu stehen hat.

Bewegung für Veränderungen

Die bundesweiten Tarifikämpfe, zahlreiche Aktionen und die Volksbegehren für mehr Krankenhauspersonal in Berlin, Hamburg, Bayern und Bremen haben die GroKo unter Zugzwang gesetzt. Die Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen (DRG) ist jedoch ein Versuch der Bundesregierung, ohne Änderung der Profitorientierung im Gesundheitswesen Druck abzulassen. Dabei besteht die Gefahr der Einführung von Pflegepauschalen, die dem Diktat der Profitmaximierung nicht standhalten können. Daher müssen die DRGs durch eine bedarfsgerechte Finanzierung ersetzt werden.

Grundpfeiler der Bewegung

Grundlage für eine starke Bewegung für mehr Personal in Krankenhäusern ist die betriebliche Auseinandersetzung. Nur wenn es Kämpfe in den Häusern gibt, kann eine gesellschaftspolitische Bewegung zu nennenswerten Veränderungen führen.

- Daher unterstützen wir Streiks und Kämpfe der Beschäftigten.
- An den Krankenhäusern, die keine ausreichende Streikbereitschaft haben, unterstützen wir die Organisierung der Beschäftigten.
- Dort, wo sich die Gewerkschaft ver.di nicht ausreichend für die Interessen der Beschäftigten einsetzt und sogar Streiks verhindert, unterstützen wir den Kurswechsel für kämpferische Mehrheiten in ver.di.

Neben den betrieblichen Kämpfen benötigen wir eine starke politische Bewegung auf der Straße. Wir arbeiten im Rahmen der Bündnisse für mehr Personal im Krankenhaus aktiv mit. Die Vernetzung unserer Bündnisse ist notwendig, um unsere Forderungen auf Bundesebene durchzusetzen. Sie ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer breiten und starken Gesundheitsbewegung, die sich auch international organisieren muss. ■



Solidarität mit den Kolleg*innen des KKO in Oberhausen, 21. November 2019.

Bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ Stopp der illegalen Bekämpfung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen!

W. A.

Am Samstag, den 19.10.2019, fand im Mannheimer Gewerkschaftshaus die 6. bundesweite Tagung „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt. Rund einhundert Menschen aus sehr unterschiedlichen Bereichen nahmen an der Konferenz teil.

Mit „Verdachtskündigungen“, mit Bespitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes wird zunehmend gegen engagierte Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vorgegangen. In der Folge kommt es bei Betroffenen zu schweren depressiven Erkrankungen und sogar zu Selbstmordversuchen. Nicht zuletzt entstehen existenzbedrohende finanzielle und familiäre Probleme.

Diese skandalösen Rechtsbrüche haben Unternehmensleitungen und ihre Helferhelfer in spezialisierten Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen und Detekteien zu verantworten.

Bedrohliche Entwicklung

In der Öffentlichkeit wird diese bedrohliche Entwicklung bisher jedoch kaum wahrgenommen.

Auf der Konferenz kamen aktuelle Beispiele der Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung in Deutschland zur Sprache. Ein Schwerpunkt war jedoch vor allem die Diskussion über eine erfolgreiche Abwehr des Betriebsrats-Mobbings und die Stärkung von gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Julia Friedrich (Bezirksgeschäftsführerin des DGB Baden-Württemberg) erläuterte die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie unterstrich die Notwendigkeit, gegen die fortgesetzten Rechtsbrüche seitens der Mobbing-Branche vorzugehen.

Isaf Gün und Heike Madan vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt referierten zum Thema „Die IG Metall - aktiv gegen Mobbing von Betriebsräten“. Die mit 2,3 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft des DGB hat vor vier Jahren begonnen, sich kontinuierlich mit Analyse und Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung zu beschäftigen.

Klaus Stein (1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim) setzte sich mit der Frage „Was macht die Gewerkschaft vor Ort?“ auseinander. Er betonte die Notwendigkeit einer aktiven und aktivierenden Gewerkschaftsarbeit, um demokratische Rechte und gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit in Unternehmen verteidigen zu können.

Oliver Thünken (Technische Universität Chemnitz) stellte erste Ergebnisse aus dem laufenden Forschungsprojekt „Kampf um die Mitbestimmung“ vor. Die Studie belegt wissenschaftlich, wie durch systematische und frühzeitige Unterstützung der Betroffenen Angriffe auf Interessenvertretungen erfolgreich abgewehrt werden können.

Vorschläge für Gegenwehr

Weitere Themen der Versammlung waren konkrete Vorschläge für

eine wirksame Gegenwehr im Betrieb und ein intensiver Erfahrungsaustausch über den erfolgreichen Aufbau von Netzwerken gegen BR-Mobbing.

Eine einstimmig verabschiedete EntschlieÙung kritisiert, dass „Politik, Medien und Justiz [...] sich nur in seltenen Ausnahmefällen mit dem illegalen Treiben der Branche der BR-Mobber und Gewerkschaftsgegner“ befassen. Diese fühlten sich dadurch „in ihrem kriminellen Verhalten bestärkt“.

Und weiter heißt es: „Zum einen werden demokratisch gewählte betriebliche Interessenvertretungen von vorneherein verhindert. Zum anderen wird die Arbeit bereits existierender Gremien bewusst gestört und in der Konsequenz unmöglich gemacht. Damit verbunden sind in der Regel Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz, auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und auf die Tarifbindung.“

Da solche Rechtsbrüche meist ungeahndet blieben, wagten „viele Aktive in der Folge nicht oder nicht mehr, sich für ihre verbrieften demokratischen Grund- und Menschenrechte einzusetzen. Das ‚Recht des Stärkeren‘ wird zu einer Alltagserfahrung. Es gilt immer mehr als ‚Normalität‘ – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern zudem auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft.“

Organisiert wurde die spannende Konferenz vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Kooperation mit IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Am 17.10.2020 soll eine weitere Folgekonferenz in Mannheim stattfinden. ■



Podium der Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 19. Oktober 2019.

Entschließung der 6. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ Schluss mit der Bekämpfung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen! Den fortgesetzten Rechtsbruch stoppen!

BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung haben Konjunktur. In der Öffentlichkeit wird – wenn überhaupt – nur die Spitze des Eisbergs wahrgenommen. Politik, Medien und Justiz befassen sich nur in seltenen Ausnahmefällen mit dem illegalen Treiben der Branche der BR-Mobber und Gewerkschaftsgegner. Diese fühlen sich dadurch in ihrem kriminellen Verhalten bestärkt – und machen sehr einträgliche Geschäfte.

Die persönlichen Folgen des BR-Mobbing für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind verheerend. Ihre Gesundheit, ihr soziales Umfeld, ihre berufliche Existenz und damit ihr Leben werden durch skrupellose und menschenverachtende Machenschaften zerstört.

Auch auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene sind die Folgen von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung extrem negativ. Zum einen werden demokratisch gewählte betriebliche Interessenvertretungen von vorneherein verhindert. Zum anderen wird die Arbeit bereits existierender Gremien bewusst gestört und in der Konsequenz unmöglich gemacht. Damit verbunden sind in der Regel Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz, auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und auf die Tarifbindung.

Da diese Rechtsbrüche meist ungeahndet bleiben, wagen viele Aktive in der Folge nicht oder nicht mehr, sich für ihre verbrieften demokratischen Grund- und Menschenrechte einzusetzen. Das „Recht des Stärkeren“ wird zu einer Alltagserfahrung. Es gilt immer mehr als „Normalität“ – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern zudem auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft.

Große Gewerkschaften wie IG Metall und ver.di haben sich ebenso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in den letzten Jahren zunehmend mit dieser sehr bedrohlichen Entwicklung befassen müssen.

Es ist inzwischen erfreulicherweise eine Reihe von Beschlüssen zum Thema BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung gefasst worden. Aber für ihre Umsetzung und die kontinuierliche Entwicklung eines praktisch wirksamen und entschlossenen Widerstands gegen BR-Mobber und Gewerkschaftsfeinde gibt es noch viel Spielraum.

Wir bekräftigen deshalb nicht nur unseren *Mannheimer Appell gegen BR-Mobbing* vom 11. Oktober 2014, sondern wir fordern zudem den DGB und die Einzelgewerkschaften auf,

- allen Betroffenen schnelle und spürbare Unterstützung auf allen Ebenen zu gewähren
 - aktive Einsatzgruppen gegen BR-Mobbing zu bilden
 - und strategisch aktive betriebliche Gegenmacht zu fördern.
- Unsere von BR-Mobbing betroffenen Kolleginnen und Kollegen fordern wir auf:

- Stärkt Eure betriebliche und überbetriebliche Organisation und Vernetzung!
 - Verlangt öffentlich die Solidarität, die Euch zusteht!
- Allein machen sie Dich ein! Nur gemeinsam sind wir stark!
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 6. bundesweiten

Konferenz
„Betriebsräte im Visier“
Mannheim, den 19. Oktober 2019



Plenum der Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 19. Oktober 2019.

Wem gehört die Straße?

Oberhausener Posse um einen Radweg

Der Klimawandel hat spürbar eingesetzt und zeigt, insbesondere für Menschen im Globalen Süden, bereits katastrophale Folgen. Dank dem Engagement von Fridays for Future werden die seit Jahrzehnten von Wissenschaft und Ökologiebewegung vorgetragenen Warnungen und Handlungsaufforderungen endlich zur Kenntnis genommen. Doch die nötigen Maßnahmen folgen nicht. Das zeigt einmal mehr die gerade stattfindende Weltklimakonferenz.

Und auch „im Kleinen“ fällt das Umdenken so manchen Zeitgenoss*innen schwer. Offenbar ist es für nicht wenige kaum vorstellbar, dass der öffentliche Raum nicht zwingend als Blech-Abstellplatz zur Verfügung stehen muss. Und dass auch in Oberhausen das Leben mit mehr Radverkehr und ÖPNV und dafür mit weniger Lärm, Gestank und Dreck angenehmer werden könnte. Andere Städte machen das längst vor.

Wir dokumentieren hier zwei öffentliche Stellungnahmen zum Thema.

Andrea-Cora Walther, 05.12.2019

Seltene Einigkeit herrschte in der Bezirksvertretung Osterfeld auf der Sitzung am 03.12.2019:

Niemand kennt die einfache und einzige Lösung für ein Miteinander von Fahrrad und parkenden Autos auf und neben der Teutoburger Straße. Aber Uneinigkeit besteht in der Frage, wer die Versager des Verfahrens sind. [...]

Sicher ist, es gibt keine Mobilitätsplanung in Oberhausen, die den Begriff „Konzept“ verdient.

Alles, was auf den Straßen Oberhausens geregelt wird, ist ein Flickwerk, das nur das verwirklicht, was durch Fördergelder finanziert wird.

Da ist es gut, dass versucht wird, die wenigen Mittel mit maximalem Fachverstand zu verplanen. Planungsbüros, Professoren, Verkehrsplanung der Stadt. Es muss die für alle Nutzenden des öffentlichen Raums verträglichste Lösung gefunden werden.

Dem Umweltdezernat „ideologische“ Gründe für die Planung vorzuwerfen, ist genauso wenig hilfreich, wie in der Diskussion einem Experten vom ADFC das Rederecht zu verweigern.

Welche anderen als „ideologische“ Gründe sollte dieses Veto von BOB haben? Hat man Angst vor der einen Stimme, die die Bedürfnisse von Fahrradfahrenden darlegen kann inmitten all der Autofahrenden, die um die Stehplätze für ihre fahrbaren Untersätze fürchten?

Der Kampf um jeden Stehplatz ist ein Anachronismus in einer Zeit, in der zumindest die Wissenschaft und Jugend um die Reduktion der Folgen des Klimawandels kämpft und Großstädte – Städte um ein vielfaches größer als Oberhausen – es schon seit langem geschafft haben, den Radverkehr und ÖPNV so auszubauen, dass kaum ein Auto noch in den Städten zu sehen ist: Amsterdam, Kopenhagen, Basel, selbst Berlin haben schon den MIV [*den motorisierten Individualverkehr, die Red.*] in ihren Städten überflüssig gemacht.

Der ADFC fordert auch in Oberhausen ein Umdenken, das zumindest die Vision einer autofreien Innenstadt erkennbar werden lässt. Straßen für die Fortbewegung und nicht als Stellfläche für immer mehr Autos.

Heike Hansen, 05.12.2019

Eines vorneweg, die auf der Teutoburger Straße durch Straßenmarkierungen neu eingerichteten Radwege sind ein Gewinn für Oberhausener Fahrradfahrer. Sicher, es gibt bessere Varianten von Radwegen, deren Bau ist jedoch auch deutlich kostspieliger und daher bei den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Oberhausen kaum realisierbar.

Während weltweit Menschen engagiert mit einer Vielzahl von Demonstrationen und Aktionen auf den fortschreitenden Klimawandel hinweisen, ihr Recht auf Zukunft von der globalen Gesellschaft einfordern, kämpft in Oberhausen ein Teil der Bürgerschaft für ein unbegrenztes Recht der PKW-Nutzung und ein Recht auf uneingeschränktes Parken im öffentlichen Raum.

Dabei geht es ihnen anscheinend nur um ein „Weiter so“, um den Erhalt eines lieb gewonnenen Gewohnheitsrechts.

Das war wohl auch der Auslöser für die Politposse, die während der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Osterfeld aufgeführt wurde. Denn gewünscht wurde, dass die auf der Straße markierten Radwege wieder den parkenden Autos zur Verfügung gestellt werden und weitere Markierungsarbeiten nicht stattfinden.

Fahrradfahrer sollen dann wieder die maroden, gefährlichen kaum befahrbaren Hochbordradwege nutzen.

Auch wenn für die Bürger, jetzt gerade in der Vorweihnachtszeit, das Verkehrschaos überall sichtbar ist, ist die Bereitschaft, Mobilität neu zu denken, leider nur bei zu wenigen Oberhausenern vorhanden.

Es ist beschämend, dass im Jahr 2019, wo vielerorts über neue Verkehrskonzepte diskutiert und an neuen Konzepten gearbeitet wird, von Teilen der Oberhausener Politik noch immer veraltete, längst überholte Verkehrskonzepte favorisiert und verfolgt werden.

Als Oberhausenerin erhoffe ich mir für uns und die Zukunft unserer Kinder ein Umdenken innerhalb der Bürgerschaft und bei den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft.

Scherz, Satire, Ironie und unser Leben in einem Tollhaus

ERNST KOCHANOWSKI

Liebe Schwestern und Brüder,

in den letzten Jahren beschäftigt eine Anhäufung von Klima-Anomalien, wie zu wenig Regen, zu starker Regen, zu lange Hitzeperioden und so weiter, weltweit die Medien. Zu diesen Vorboten noch kommender Katastrophen werden merkwürdige Mythen, skurrile Diskurse und martialische Fieberträume der leider zu oft nicht mehr hinhörenden Öffentlichkeit präsentiert.

Die Tag und Nacht dem Kapitalwohl und dessen Medien dienenden und vom Volke gewählten Vertreter*innen müssen ganz eigennützig die neoliberale Erzählung für ein ehernes Gesetz halten. „There is no Alternative!“ sagte dazu die ebenfalls eiserne „Lady“ Thatcher. In die populistische Tollbrägensprache von Wirtschaft und Politik übersetzt, bedeutet dies „Weiter so, denn der Markt regelt alles!“. Von gigantischen Tagebauen für Kohle und denen für „Seltene Erden“, von Überproduktion bis Unterversorgung, von billigen Flügen in alle Welt bis mit dem SUV schnell mal zum Büdchen ist alles geregelt.

Aber dann doch nicht so richtig, meint unser Landesvater Latschet mit dem grünen Daumen. Der wirft nun der Umweltbewegung vor, diese unumstößliche Selbstregulierung außer Kraft gesetzt zu haben. Denn obwohl der „Klimawandel seit 30 Jahren auf dem Tisch liegt“, sei diese Bewegung vor allem gegen Atomkraft aufgestanden und nicht für die Reduzierung von CO₂. Folglich trifft sie ein gerüttelt Maß an Schuld, wohl weil so die Herrschenden weiter unsere Welt versauen konnten.

In Frankreich dagegen sei unverdrossen der Kernkraft gehul-

digt worden, und das habe jetzt als „fast einziges Land auf der Welt“ „blendende Klimaziele“.

Die Politik ist also von der Umwelt- und Antiatombewegung – und jetzt auch noch von Fridays for Future – daran gehindert worden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Zitronenfalter gibt es auch schon keine mehr. (Und wer faltet jetzt eigentlich die Zitronen?)

Zur Ablenkung von der schnöden Wichtig- und Wirklichkeit werden also sehr kreative Blödhheiten erdacht. Gibt es eigentlich analog zu „alternativen Fakten“ auch eine „alternative Intelligenz“?

Ganz in deren Zeichen erscheint auch der Diskurs um unser innig gehassliebes Rotlichtviertel.

Einerseits macht die Flaßhofstraße Oberhausen zu einer richtigen Großstadt, andererseits aber zu einem Pfuhl der Verderbnis, also auch zu einem Lagerort für Wahlkampfnebelkerzen.

Wollen wir der Deutschen Bahn das Gleisdreieck sanieren, damit das älteste Gewerbe der Welt unsere Kinder nicht weiter verderben kann?

Wollen wir jetzt die durch Rotlicht und angrenzendes Gewerbe reich gewordene Halbwelt noch reicher machen?

Oder für was wurde dieser „Geisterdiskurs“ eigentlich inszeniert? Fragen über Fragen. Und die wichtigen Themen?

Was war da noch gleich wieder? Irgendwas mit Klima, Krieg und Tod im Mittelmeer? Oder was?

Scheiß drauf! ■



«Das seit etwa zwei Jahrhunderten herrschende System – der Kapitalismus – ist nicht nachhaltig, da der Wettbewerb um den Profit, seine treibende Kraft, eine blinde Tendenz zu grenzenlosem quantitativen Wachstum impliziert, das mit den begrenzten Rohstoff- und Energiereserven der Erde nicht vereinbar ist.»

«Die kapitalistische Zerstörung der Umwelt und die ökosozialistische Alternative»,
Erklärung des XVII. Weltkongresses der IV. Internationale

Die kommenden zehn Jahre werden darüber entscheiden, ob sich die Klimakrise noch in diesem Jahrhundert zu einer Katastrophe für die menschliche Zivilisation entwickelt. Gelingt es nicht, die Erwärmung auf 1,5° Celsius zu beschränken, droht die Aufheizung unserer Atmosphäre außer Kontrolle zu geraten.

In den 25 Jahren seit Inkrafttreten des Klimarahmenabkommens ist es nicht gelungen, wirksame Strategien gegen die Klimakatastrophe zu entwickeln. Der Anteil des Treibhausgas CO₂ in unserer Atmosphäre steigt Jahr für Jahr weiter, und sogar immer schneller.

Die Regierenden und die Wirtschaftsinteressen, die hinter ihnen stehen, scheinen unfähig, eine Antwort zu finden. Viele stellen sich deshalb die Frage: Kann denn eine Wirtschaftsordnung, in der allein die Vermehrung von Kapital der Zweck des gesellschaftlichen Handelns ist, nicht aber die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und ein nachhaltiger Stoffwechsel mit der Natur, überhaupt den notwendigen Wandel schaffen?

Ist die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht vielleicht eine notwendige Voraussetzung, damit die Rettung des Weltklimas gelingen kann?

Dieser Frage und vielen weiteren Fragen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Klimakatastrophe wollen wir gemeinsam nachgehen auf unserer

Ökosozialistischen Konferenz am 9. und 10. Mai 2020 im Naturfreundehaus Köln-Kalk

– von Samstagmittag bis zum frühen Nachmittag am Sonntag in Workshops und Diskussionsrunden mit Referentinnen und Referenten aus Politik, Umweltverbänden und Klimagerechtigkeitsbewegung.

Aktuelle Informationen über Programm und Ort gibt es hier:

Homepage: <https://intersoz.org/okosozialistische-konferenz/>

Kontakt: konferenz@intersoz.org



Internationale Sozialistische Organisation
Deutsche Sektion der IV. Internationale
www.intersoz.org - facebook.com/intersoz.org
iso@intersoz.org - twitter.com/InterSozOrg

„Feminist Futures now“

Seit einigen Jahren erleben wir eine weltweit wachsende feministische Bewegung. Auch an Deutschland geht diese Entwicklung erfreulicherweise nicht vorbei. Ein Ausdruck davon war das Feminist Futures Festival, das vom 12. bis zum 15. September 2019 in Essen stattfand.

PETRA STANIUS

Eine vergleichbare Veranstaltung hat es hier jahrzehntelang nicht gegeben. Und sie beschränkte sich nicht auf „Frauenthemen“. Das Verständnis von Feminismus, das hier geteilt wurde, ist vielmehr ein Feminismus der 99 %: Ein Feminismus, der für die Interessen aller Menschen weltweit eintritt, die ausgebeutet und unterdrückt werden.

Veranstaltet wurde das feministische Festival von der Rosa Luxemburg Stiftung, dem Care Revolution Netzwerk und dem Konzeptwerk Neue Ökonomie. Dass darüber hinaus zahlreiche Menschen an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt waren, wurde durch das umfangreiche Angebot mit seinen mehr als hundert Podien und Workshops deutlich.

Das Interesse an der Veranstaltung war so groß, dass die Organisator*innen letztlich die Anmeldung schließen mussten, um nicht ihre räumlichen und infrastrukturellen Grenzen zu überschreiten: 1.500 Teilnehmer*innen aus über 40 Ländern hatten sich angekündigt.

Ziel des Festivals war, dass die Teilnehmenden ihre Unterschiedlichkeit als Stärke begreifen, um feministische und queer-feministische Anliegen mit konsequenter Kapitalismuskritik und Klassenpolitik zu verbinden. Was eine anti-rassistische und internationalistische Haltung ebenso einschließt wie die Anerkennung der Geschlechtervielfalt.

Gerahmt wurde das Festival von einer Auftakt- und einer Abschlussveranstaltung im Plenum. Namensgeber für den inhaltlichen Auftakt, der auf große Zustimmung stieß, war das von Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser verfasste Manifest „Feminismus für die 99 Prozent“. Feminismus ist nach diesem Verständnis antikapitalistisch und verbündet sich mit allen anderen fortschrittlichen, widerständigen Bewegung, um gemeinsam für ein gutes Leben für alle zu kämpfen.

Nicht nur das Event selbst war etwas Besonderes, sondern auch der Ort, an dem es stattfand: Die Zeche Zollverein in

Essen, UNESCO Welterbe und Denkmal der – männlich geprägten – Industriegeschichte des Ruhrgebietes. Auch dieser Ort und seine Bedeutung waren Thema verschiedener Workshops.

Ansonsten konnten die Teilnehmenden lernen vom Beispiel, das die autonome kurdische Frauen*bewegung lebt. Lernen auch von der Ruhrjugend und ihren praxisnahen Vorschlägen zum Thema „Intersektionalität und Raus aus der Szene“. Oder selbst einen Festival-Podcast machen. Filme anschauen. Sich informieren und diskutieren über Altersarmut, (Frauen*)Streiks im Krankenhaus, Queer und Landwirtschaft, globale Sorgeketten, das Menschenrecht „Wohnen“, Ökologie und Feminismus, feministisch streiken gegen Rechts ...

Die Feier des 5-jährigen Bestehens vom Care Revolution Netzwerk unter dem Motto „Füreinander sorgen. Solidarisch kämpfen. Und zwar jetzt!“ fand im Rahmen des Festivals statt. Ebenso eine Solidaritätsdemonstration mit der Demo „Der Pott bleibt unteilbar“ in Essen-Steele, an der sich über 500 Teilnehmer*innen des Festivals beteiligten. Nicht zu vergessen die Vorbereitungstreffen für den Frauen*streik 2020. Auch eine Party

am Samstagabend fehlte nicht.

Es ist unmöglich, mit einem kurzen Beitrag der Vielfältigkeit dieses Ereignisses gerecht zu werden. Genauso, wie es unmöglich war, mehr als einen winzigen Ausschnitt von allem, was an diesen Tagen passiert ist, selbst zu erleben.

Während der Abschlussveranstaltung gab es die Möglichkeit Projekte vorzuschlagen und Mitstreiter*innen dafür zu gewinnen. Mehr als dreißig Vorschläge kamen dabei zusammen: örtliche Angebote zur Vernetzung, die Vorbereitung eines politischen Musikfestivals, ein queere feministischer Aktionsverteiler, Schulungen zu Awareness ...

Das beeindruckende und ausgesprochen gelungene Festival endete am Sonntag mit dem gemeinsamen Skandieren der Parole

**What do we want? – Feminist Futures!
When do we want it? – Now!** ■

TIPP

Eindrücke vom Feminist Futures Festival bekommt Ihr durch einen kleinen Film, den Ihr hier findet:

www.feministfutures.de



Solidarität mit „Der Pott bleibt unteilbar“, Essen-Katernberg, 14. September 2019.

Foto: Avanti O.

„Gelbwesten“-Bewegung in Frankreich

Nach einem Jahr immer noch aktiv

B. S.

Am dritten Novemberwochenende 2019 begingen die französischen „Gelbwesten“ ihren „Akt 53“. Vor einem Jahr, am 17. November 2018, hatte die Bewegung mit ersten Verkehrsblockaden und Protestversammlungen auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht. Anlass war die angekündigte Erhöhung der Kraftstoffpreise, Ursache war jedoch die tiefsitzende Empörung über die enorme soziale Ungerechtigkeit in Frankreich.

Laut Angaben des französischen Innenministeriums gingen am Samstag, den 16. November 2019, frankreichweit insgesamt 28.000 Menschen auf die Straße und eine geringere Zahl am Sonntag, den 17. November. Ihrerseits sprachen die OrganisatorInnen des jüngsten „Gelbwesten“-Protests von knapp 40.000 Teilnehmenden.

Massive Repression

Dass die Bewegung trotz massiver Repression durch die Polizei, trotz politischer, medialer und juristischer Bekämpfung durch die Herrschenden nun schon über ein Jahr durchgehalten hat, ist allein schon ein Erfolg. 1.000 Verletzte, darunter 25 Menschen, die durch Gummigeschosse ein Auge verloren haben, 3.000 Verurteilungen zu insgesamt 1.000 Haftstrafen und eine Tote infolge eines Tränengaseinsatzes, – dies alles zeigt die Heftigkeit der Auseinandersetzungen und gleichzeitig die Widerstandskraft der Aktiven.

Die „Gelbwesten“ sind, was die aktive Beteiligung betrifft, derzeit weit entfernt von einer Massenbewegung. Allerdings konnten sie zeitweise auf die passive Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung bauen. Stets bildeten sie jedoch eine Art aktivistscher und zum Teil militanter „Avantgarde“, allerdings ohne jegliche vereinheitlichte Ideologie.

In den Anfängen fanden sich bei den Protesten nicht nur radikale Linke, sondern auch wütende und reaktionäre Menschen aus dem Kleinbürgertum, Menschen mit kurdischen Wurzeln, Militante aus dem faschistischen Spektrum, soziale Fragen aufwerfende Krankenschwestern und viele andere.

Rückzug der organisierten Rechten

Die „Gelbweste“ wurde alsbald zum Protestsymbol, das sich für unterschiedliche Anliegen nutzen ließ. Die organisierten rechten Kräfte haben sich mittlerweile jedoch überregional eindeutig zurückgezogen.

Aus ihrer Sicht wurde es zu unübersichtlich, zu unordentlich, zu gewalttätig, zu viel mit Linken durchmischt ... Überdies haben es die organisierten Rechten nicht geschafft, die „Gelbwesten“ als solche zu einer Anti-Einwanderungs-Bewegung umzuformen, wie sie es vor allem in Zusammenhang mit den Debatten um den „Pakt für Migrantenrechte“ angestrebt hatten.

Die „Gewaltfrage“

Das politische Hauptproblem lag und liegt darin, dass in der öffentlichen Wahrnehmung, vermittelt über die bürgerlichen Me-

dien, weitgehend die „Gewaltfrage“ dominiert(e). Die ganze Angelegenheit wird dadurch vornehmlich zum polizeilichen und „sicherheitspolitischen“ Problem, sowohl in den Augen der politischen Klasse als auch derjenigen, die die Medien unkritisch nutzen.

Selbstverständlich, und zu Recht, hat es auch heftige öffentliche Kritik an den Polizeieinsätzen gegeben. Und es gibt, einmal mehr, die obligatorische Diskussion darüber, wie viele Randalierer überwiegend eingeschleuste polizeiliche Provokateure gewesen seien.

Wie weiter?

Die Zukunft der „Gelbwesten“ wird entscheidend davon abhängen, was aus der Unterstützung der voraussichtlich bedeutenden Gewerkschafts- und Sozialprotestdemonstrationen ab dem 05. Dezember 2019 wird. Sie war auf einer Delegiertenversammlung der „Gelbwesten“ Anfang November 2019 in Montpellier beschlossen worden. Sie wird jedoch auch durch manche Kräfte der uneinheitlichen Bewegung explizit abgelehnt.

Bei den Protesten Anfang Dezember geht es vor allem um die „Rentenreform“, also den fortgesetzten Abbau des staatlichen Rentensystems. Seit 1993 haben alle „Reformen“ die Lebensarbeitszeit verlängert. Nur 1995 konnte durch massive Streiks im öffentlichen Dienst der „Plan Juppé“ verhindert werden.

Die Verbindung der „Gelbwesten“-Bewegung mit der sozialen Bewegung könnte beiden Bewegungen neuen Aufschwung geben. ■



„Akt 53“ in Paris, 16. November 2019.

Konferenz

Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel!

Klimaschutz – Arbeitsplätze – Anders Leben und Arbeiten – Strukturwandel in den Braunkohlerevieren – Verkehrswende.

Mit Betroffenen, Aktivist*innen, Gewerkschaftsmitgliedern und Expert*innen

25. Januar 2020, 10-18 Uhr

Köln, Alte Feuerwache (Südtrakt), Melchiorstraße 3

Es geht nicht mehr darum, ob der ökologische Umbau in Gang gesetzt wird, sondern wie und mit welchem Tempo, aber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderungen werden immer noch allzu oft als unvereinbar mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozialen Gerechtigkeit betrachtet.

Es besteht jetzt dringender Bedarf an einer gemeinsamen Debatte darüber, wie dieser Umbau beschleunigt und auch gerechter und attraktiver gestaltet werden kann.“ (französisches Bündnis „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“)

Veranstalter*innen der Konferenz sind die Gewerkschafter*innen für Klimaschutz, die Attac-AG Energie-Klima-Umwelt und die Attac-AG ArbeitFairTeilen. Sie haben das Ziel, zumindest in zwei exponierten Wirtschaftsbereichen zu einer Klärung über die notwendigen Veränderungen und zu einer Vernetzung verschiedener Akteure beizutragen. Macht mit!

Das vollständige Programm, die Referent*innen und Workshops findet Ihr unter iso-4-oberhausen.de/2501.



Foto: Aus dem Flyer zur Konferenz.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- SO, 05.01.20, 11:00 bis 15:00 Uhr, Entwicklungs-Workshop vom Aktionsbündnis für Fahrradverkehr in Oberhausen, Anna 28, Oberhausen
- DI, 07.01.20, 18:30 Uhr, Treffen vom Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung, DGB-Haus Oberhausen, Saal im Erdgeschoss
- MI, 08.01.20, 19:00 Uhr, Treffen vom Frauen-Plenum Oberhausen, Anna 28, Oberhausen
- DI, 14.01.20, 18:00 Uhr, Plenum der Seebrücke, Anna 28, Oberhausen
- DI, 21.01.20, 18:30 Uhr, Treffen vom Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung, DGB-Haus Oberhausen, Saal im Erdgeschoss
- SA, 25.01.20, 10:00 Uhr, Konferenz „Vom Klimawandel zum Gesellschaftswandel“, Alte Feuerwache (Südtrakt), Melchiorstraße 3, Köln
- MI, 29.01.20, 18:00 Uhr, Treffen vom Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Polit-Bureau, Lothringer Str. 64 (im Hof rechts), Oberhausen

Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen & Freund*innen
Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

